



B. ZEICHENERKLÄRUNG

1. FÜR DIE FESTSETZUNGEN

1.0. Art der baulichen Nutzung

- GE 1 1. Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO mit Gebietsbezeichnung
- GE 2 2. Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO mit Gebietsbezeichnung
- SO 3. Sondergebiet "Photovoltaik" nach § 11 BauNVO

2.0. Maß der baulichen Nutzung

- WH 8,0m 2.1. Wandhöhe, gemessen von OK-Gelände am tiefsten Geländepunkt des Gebäudes bis OK-Dachhaut seitliche Wand, maximal zulässig, z.B. 8,0 m
- FH 12,0m 2.2. Firsthöhe, maximal zulässig, z.B. 12,0 m
- GRZ 0,55 2.3. Grundflächenzahl nach § 19 Abs. 1 BauNVO, z.B. 0,55
- II 2.4. Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z.B. 2

3.0. Baugrenzen, Firststrichung

- 3.1. Baugrenze
- 3.2. Flächen innerhalb der Baugrenzen, in denen Aufenthaltsräume unzulässig sind

4.0. Verkehrsflächen

- 4.1. Straßenbegrenzungslinie
- 4.2. öffentliche Verkehrsfläche (Fahrbahn, Gehsteig) mit Maßangabe
- 4.3. Fuß- und Radweg, Wirtschaftsweg
- 4.4. freizuhaltende Sichtflächen

5.0. Flächen für Versorgungsanlagen

- 5.1. Elektrizität, Trafostation
- 6.1. Abwasserleitung Die 4 m breite Tasse ist von jeglicher Bebauung freizuhalten.

6.0. Hauptversorgungsleitungen

- 6.1. Abwasserleitung Die 4 m breite Tasse ist von jeglicher Bebauung freizuhalten.

7.0. Grünflächen

- 7.1. private Grünfläche
- 8.0. Wasserflächen
- 8.1. bestehender, zu erhaltender Kiesweiher Der Weiher und die Uferbereiche sind der natürlichen Sukzession zu überlassen.

9.0. Flächen für Abgrabungen

- 9.1. Fläche für Abgrabungen (Kiesabbau)

10.0. Flächen für die Landwirtschaft und Wald

- 10.1. Fläche für die Landwirtschaft
- 10.2. bestehender Fichtenwald, zu erhalten als Immissions- und Schallschutzwald In Absprache mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind bei Schlagreife des Holzes maximale Schläge von 500 qm je Flurnummer und Jahr zulässig. Zulässig ist auch die Umwandlung in Misch- oder Laubwald.
- 10.3. bestehender Fichtenwald, zu erhalten und in die Fläche einbringen von mindestens 75% Laubgehölzen in Absprache mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Arten wie unter Ziff. 11.1.
- 10.4. zu erhaltende Laub- und Mischwaldflächen sowie Schlaggesellschaften
- 10.5. Randzone von bestehenden Waldflächen Hier ist die Entfernung von Bäumen bei gleichzeitiger Pflanzung oder natürlichem Aufwuchs von Sträuchern nach Ziff. 11.2. zulässig zur Vermeidung von Windwurfschäden.
- 10.6. Eingrünung mit kleinkronigen Laubbäumen (Wuchshöhe bis maximal 15 m) und heimischen Laubstämmen vollständig in der dargestellten Breite
- 10.7. bestehender Einzelbaum

11.0. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

- 11.1. herzustellende Aufforstung mit Laubwald nach Rodung, Kiesabbau und Böschungsprofilierung Verwendet werden dürfen nur folgende Bäume in Abstimmung mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Von einer Art dürfen nicht mehr als 40% verwendet werden. Ader pseudoplatanus - Bergahorn, Carpinus betulus - Hainbuche, Fagus sylvatica - Buche, Prunus avium - Kirsche, Quercus robur - Eiche, Tilia cordata - Linde.
- 11.2. Gehölzrandbepflanzung mit folgenden Arten, Mindestgröße Str. 2xv. 100-150 cm Pflanzabstand 1 x 1 m, im Verband gepflanzt, ergänzt durch Bäume aus Ziff. 11.1. der 2. Wuchsklasse, alle Flächen mit Rindenmulchabdeckung Auf die Eintragung im Plan über die rechtlich zu sichernden Zufahrtsmöglichkeiten zu den Restgrundstücken wird hingewiesen. 5% Cornus sanguinea - Harttriegel, 10% Ligustrum vulgare - Liguster, 15% Corylus avellana - Haselnuss, 10% Lonicera xylosteum - Heckenkirsche, 10% Prunus spinosa - Schlehdorn, 10% Rosa canina - Hundrose, 10% Sambucus racemosa - Traubenholunder, 10% Sambucus nigra - Schwarzer Holunder, 5% Salix aurita - Ohnweide, 5% Viburnum lantana - Wolliger Schneeball, 5% Rhamnus frangula - Faulbaum, 5% Euonymus europaeus - Pfaffenröhren
- 11.3. zu pflanzende Solitärabäume oder Hochstämme Arten wie unter Ziff. 11.1. Mindestgröße jedoch SU 16-18 cm.
- 11.4. herzustellende Sukzessionsflächen ohne Oberbodenauftrag Zulässig sind Pflegeeingriffe in Absprache mit dem Landratsamt Rosenheim.
- 11.5. zu pflanzende Wildobstbäume

12.0. Sonstige Planzeichen

- 12.1. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 8. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans
- 12.2. Grenzen der räumlichen Geltungsbereiche der 9. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans
- 12.3. Abgrenzung von Art und Maß unterschiedlicher Nutzung

2. FÜR DIE HINWEISE

- 1.1. bestehende Grundstücksgrenze
- 2.0. Flurnummer, z.B. 3800/11
- 3.0. Böschung
- 4.1. Hauptgebäude Bestand
- 4.2. Nebengebäude Bestand

C. FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

1.0. Art der baulichen Nutzung

- 1.1. Die mit GE1 und GE2 gekennzeichneten Flächen werden als Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO ausgewiesen.
- 1.2. Abgrabungen bis 5 m, gemessen vom höchsten Punkt der Abgrabungsfläche, sind zulässig.
- 1.3. Einzelhandelsbetriebe sind nicht zulässig.

2.0. Maß der baulichen Nutzung

- 2.1. Im Geltungsbereich sind die für die Grundflächenzahl (GRZ) angegebenen Werte als Höchstgrenze zulässig, soweit sich nicht aufgrund der überbaubaren Fläche eine geringere Nutzung ergibt.
- 3.0. Höhenlage des Gebäudes
- 3.1. Es gelten die in der Planzeichnung angegebenen Werte für die Wandhöhe und Firsthöhe als Höchstgrenze.
- 3.2. Das Gewerbegebiet OK Betriebsgelände muss mindestens 2,0 m über dem höchsten Grundwasserstand liegen.
- 3.3. Im Gewerbegebiet GE1 und GE2 darf die Oberkante des Erdgeschoßfußbodens max. 0,5 m über der natürlichen Geländeoberfläche bzw. der abgegrabenen Geländeoberfläche liegen. Ausnahmen können zugelassen werden, soweit durch den geforderten Mindestabstand von 2,0 m über dem höchsten Grundwasserstand ein höheres Geländeniveau notwendig ist. Geländeauflüffungen sind mit grundwasserneutralem Material auszufüllen.
- 3.4. Aufschüttungen über 1,0 m sind unzulässig. Eine Ausnahme bilden die Flächen für Straßen sowie die notwendigen Anschlussflächen.

4.0. Äußere Gestaltung der Gebäude

- 4.1. Für die Dachdeckung sind ziegelrote bis rotbraune Dachplatten oder sonstige ziegelrote bis rotbraune Dachdeckungen zu verwenden. Bei untergeordneten Anbauten sind auch Glasdächer zulässig.
- 4.2. Zusammenzubauende Gebäude sind in Gestaltung, Dachneigung, Material und dgl. aufeinander abzustimmen.
- 4.3. Bei den Außenwänden sind Fassadenmaterialien und Fassadenanstriche mit grellen oder stark reflektierender Ausführung unzulässig. Unruhige Putzstrukturen sind unzulässig.
- 4.4. Die maximale Giebelbreite bei Satteldächern beträgt 20 m, bei Pultdächern 10 m.
- 5.0. Dächer
- 5.1. Es sind nur Satteldächer und Pultdächer mit einer Dachneigung von 8-24° zulässig.
- 6.0. Garagen und Stellplätze
- 6.1. Im Gewerbegebiet sind oberirdische Stellplätze auch außerhalb der Baugrenzen zulässig. Garagen und Tiefgaragen dürfen nur innerhalb der Baugrenzen errichtet werden.
- 6.2. Der Abstand zwischen Toren und Garagen, Tiefgaragenabfahrten und öffentlicher Verkehrsfläche muss mindestens 5 m betragen.
- 7.0. Einfriednungen
- 7.1. Im Gewerbegebiet sind Einfriednungen als Maschendrahtzäune in einer maximalen Höhe von 1,60 m oder Holzstaketenzäune mit einer maximalen Höhe von 1,00 m zulässig. Die Einfriednungen müssen auf der Grundstückssinnenseite bei geschlossenen Gehölzpflanzungen errichtet werden.
- 8.0. Behälter für Abfallbeseitigung
- 8.1. Sammelmüllbehälter sind in Gebäuden oder in eigenen Müllgebäuden unterzubringen. Freistehende Sammelmüllbehälter sind unzulässig.
- 9.0. Sichtdreiecke
- 9.1. Innerhalb der Sichtdreiecke sind Sichtbehinderungen mit einer Höhe von mehr als 80 cm über Oberkante Straßenmitte unzulässig. Ausgenommen sind mit einem Kronenansatz über 3,00 m Laubbäumhochstämme.
- 10.0. Anlagen der Außenwerbung
- 10.1. Am Anfang der Zufahrtsstraße zum Gewerbegebiet ist als Hinweis eine Übersichtstafel mit den im Gewerbegebiet ansässigen Betrieben zulässig. Am Gewerbestandort selbst ist lediglich noch ein zusätzliches Firmenschild zugelassen. Werbeanlagen in Form von Leuchtklame und grelle Farben der Werbeanlagen sind unzulässig.
- 11.0. Grünordnung
- 11.1. Zu erhaltende Bäume und Strauchgruppen Die als zu erhaltend festgesetzten Wald-, Baum- und Strauchflächen dürfen nicht beschädigt oder beseitigt werden. Sie sind auf Dauer zu erhalten. Ausnahme genehmigungen kann nur das Landratsamt Rosenheim im Einvernehmen mit der Gemeinde Sochtenau erteilen. Bäume und Sträucher, die nicht anwachsen, eingehen oder entfernt werden, sind durch dieselben Arten, Qualitäts- und Größenanforderungen wie im Plan dargestellt, zu ersetzen. Ausnahme genehmigungen kann nur das Landratsamt Rosenheim im Einvernehmen mit der Gemeinde Sochtenau erteilen. Auf die Eintragung im Plan über die rechtlich zu sichernden Zufahrtsmöglichkeiten zu den Restgrundstücken wird hingewiesen. Pflegehebe dürfen bei den Baum- und Strauchflächen durchgeführt werden. Sie sind in Absprache mit dem erstem Landratsamt Rosenheim im Einvernehmen mit der Gemeinde Sochtenau durchzuführen.
- 11.2. Der Standort der festgesetzten Bäume nach Ziff. 11.1. kann verändert werden, wenn dies ein detaillierter Plan erforderlich macht. Die Anzahl darf nicht unterschritten werden.
- 11.3. Mindestens 80% der notwendigen Stellplätze im Gewerbegebiet müssen mit einem wasserdurchlässigen Belag versehen werden. Als mögliche Befestigung sind Kies, Rasengittersteine oder Pflastersteine mit Grasfuge zu verwenden.
- 11.4. Geschnittene Hecken, Koniferenhecken und Thujahecken sind unzulässig.
- 11.5. Werden private Grundstücke im Gewerbegebiet geteilt, so ist bei Grundstücken unter 2.500 qm an jeder Seite der Grundstücksgrenze, die neu entsteht, eine mindestens einreihige 1,5 m breite Pflanzreihe herzustellen mit Arten wie unter Ziff. 11.1. und 11.2. Bei Grundstücken über 2.500 qm ist an jeder Seite der Grundstücksgrenze, die neu entsteht, eine mindestens zweireihige 2 m breite Pflanzreihe herzustellen mit Arten wie unter Ziff. 11.1. und 11.2.
- 11.6. Freiflächengestaltungsplan - Vermessungsplan Im Bereich des Gewerbegebietes und des Kiesabbaugeländes ist dem Bauplan ein Freiflächengestaltungsplan oder Abbauplan beizulegen, der die gründerischen Festsetzungen berücksichtigt. Außerdem ist ein Vermessungsplan, der vor Planungsbeginn erstellt wird, beizulegen.
- 11.7. Zeitpunkt der Pflanzung Die geforderte Mindestpflanzung muss spätestens in der nächsten Pflanzperiode nach Bezugsfertigkeit der Gebäude fertiggestellt sein. Im Kiesabbaugelände ist die Pflanzung spätestens 2 Jahre nach Beendigung des Kiesabbaus nach Maßgabe des Abbauplans durchzuführen.
- 12.0. Sonstiges
- 12.1. Festsetzungen zum Kiesabbau Bauliche Anlagen: Auf dem Kiesabbaugelände dürfen keine baulichen Anlagen errichtet werden. Sicherung: Das Abbaugelände ist mit einem Schutzzaun zu sichern und einem verschließbaren Tor zu versehen. Böschung: Die Böschungsneigung während des Abbaus darf nicht größer als 1:1 sein. 12.2. Wohngebäude müssen einen Abstand von 20 m zu bestehenden Waldflächen aufweisen.

D. HINWEISE

1.0. Grundlagen der Planung

- 1.1. Der Bebauungsplan wurde auf der digitalen Flurkarte erstellt. Nutzung der Basisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung. Für Maß- und Lagegenauigkeit wird keine Gewähr übernommen. Vor Beginn von Objektplanungen ist das Gelände vor Ort zu vermessen. Um regelmäßige Qualitätskontrollen vornehmen zu können, ist am Rande des Gewerbegebietes an drei Stellen je ein Grundwasserspiegel zu errichten.
- 2.0. Grundwasser / Abwasser
- 2.1. Keller sind wasserdicht auszuführen und Heizboilerhalter gegen Auftrieb zu sichern.
- 2.2. Bei der Errichtung einer Hausdrainage ist darauf zu achten, dass am Abwasserkanal nicht angeschlossen werden darf.
- 2.3. Schmutzwasser Die Erweiterung des Gewerbegebietes wird an den bestehenden Schmutzwasserkanal angeschlossen.
- 3.0. Tankanlagen
- 3.1. Entlüftungsoffnungen sind mindestens 2,50 m über Gelände anzuordnen. Belüftungsoffnungen sind mindestens 1,50 m über Gelände anzuordnen.
- 3.2. Die Einstiegsschächte von Erdtanks sind mit wasserdichten Verschlüssen zu versehen.
- 3.3. Tanklager mit wassergefährdenden Stoffen sind gegen Auftrieb zu sichern.
- 4.0. Stromversorgung
- 4.1. Die geplanten Gebäude werden über Erdkabel und Verteilerschränke an das Versorgungsnetz der Bayernwerk AG angeschlossen.
- 4.2. Die Hausanschlusskabel enden im Hausanschlusskasten. Dies kann auch eine Wandnische an der der Straßenseite zugewandten Hausaußenwand unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten sein. Die Verteilerschränke werden zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit in die Zäune bzw. Mauern integriert, d.h. auf Privatgrund gesetzt.
- 4.3. Für neu zu verlegende Kabel werden die üblichen Zonen von 0,3 m Breite und 0,7 m Tiefe benötigt.
- 4.4. Je nach Leistungsbedarf der neuen Gewerbebetriebe ist die Errichtung einer Trafostation erforderlich. Der Platzbedarf beträgt ca. 20 qm. Die Station muss von drei Seiten zugänglich sein und vom öffentlichen Grund aus angefahren werden können.
- 5.0. Altlasten
- 5.1. Nach Auskunft der Gemeinde Sochtenau sind auf dem Gelände keine Altlasten bekannt.
- 6.0. Sonstiges
- 6.1. Durch die erteilte Kiesabbaugenehmigung werden privatrechtliche Ansprüche Dritter (z.B. der Eigentümer von Nachbargrundstücken) nicht berührt.
- 6.2. Der Grundwasserbereich darf beim Kiesabbau nicht angeschnitten werden.
- 6.3. Der Abraum wird innerhalb des Kiesabbaubereiches gelagert und anschließend zur Wiederverfüllung verwendet.
- 6.4. Die Bebauung im Gewerbegebiet GE2 darf erst begonnen werden, wenn die Ausgleichsflächen 1 mit 3 laut 8. Flächennutzungsplanänderung vollständig erstellt sind.
- 6.5. Wasserstandsabsenkungen sind im Hinblick auf den Siferlinger See nicht zulässig.
- 6.6. Das höher liegende Bauquartier ist ein Aufwühlgelände, im Baugenehmigungs- oder Freistellungsverfahren ist die Tragfähigkeit des Untergrundes nachzuweisen.
- 6.7. Für die Löschwasserversorgung sind in Abständen von höchstens 80 m Überflurdrähten nach DN 3222, DN 100, mit einer Leistung von 1.600 l/min bei gleichzeitiger Nutzung von zwei Hydranten zu erstellen. Der Bau von unterirdischen Löschwasserbehältern mit mindestens 100 cbm Fassungsvermögen soll mit einbezogen werden. Die möglichen Gebäudezufahrten bzw. Feuerwehrumfahrten mit Feuerwehraufstellflächen sind nach DN 14060 festzulegen. Sofern Büro- oder Wohnweilen erstellt werden, darf die Bauhöhe von 8 m bis zu den Fensterbrüstungen zur Personennutzung nicht überschritten werden.
- 7.0. Bodendenkmäler
- 7.1. Zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder der Unteren Denkmalschutzbehörde gem. Art. 8 Abs. 1-2 DSchG.
- 8.0. Landwirtschaftliche Emissionen
- 8.1. Von den angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen können trotz ordnungsgemäßer Bewirtschaftung Emissionen ausgehen (Lärm und Geruch), die zu duften sind.
- 9.0. Maß der baulichen Nutzung
- 9.1. Die Grundflächenzahl (GRZ) kann für Garagen und Nebenanlagen, Stellplätze, Zufahrten u.a. um bis zu 50 % überschritten werden.
- 10.0. Wild abfließendes Wasser / Niederschlagswasser
- 10.1. Wild abfließendes Wasser Öffnungen an den Gebäuden bis über Gelände (Kellerfenster, Türen, Be- und Entlüftungen, Mauerdurchleitungen etc.) sind so dicht zu gestalten, dass wild abfließendes Wasser nicht in das Gebäude eindringen kann. Es wird empfohlen, zum Schutz vor wild abfließendem Oberflächenwasser die Oberkante Rohfußboden mindestens 30 cm über OK Geländeoberkante auszuführen. Nachteilige Veränderungen des Oberflächenabflusses für angrenzende Bebauung und Grundstücke durch Baummaßnahmen sind nicht zulässig (§ 37 WHG). Es dürfen keine Geländeveränderungen (Aufwühlungen, Aufkantung etc.) durchgeführt werden, die wild abfließendes Wasser aufstauen oder schädlich umlenken können.
- 10.2. Umgang mit Niederschlagswasser Werden auf den Flächen regelmäßig wassergefährdende Stoffe gelagert, abgelagert, abgefüllt oder umgeschlagen (ausgenommen Kleingebäude bis 20 Liter Rauminhalt) bzw. wird das Regenwasser durch Gebrauch nachteilig verändert, so ist eine erlaubnisfreie Versickerung von Niederschlagswasser nicht möglich. In diesem Fall ist für eine geplante Versickerung bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde eine wasserrechtliche Genehmigung zu beantragen. In einem Gewerbegebiet ist für Hofflächen und Straßenflächen die Versickerung über die belabete Bodenzone, also eine Flächen-, Mulden- oder Beckenversickerung anzustreben. Unterirdische Versickerungseinrichtungen (Rigolen, Sickerschächte ...) sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Bei der weiteren Planung von Anlagen zum Umgang mit Regenwasser sind das Merkblatt DWA-A153 "Handlungsempfehlung zum Umgang mit Regenwasser" sowie das Merkblatt DWA-A138 "Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" sowie die Anlagenverordnung VwV zu beachten.
- Die Niederschlagswasserbeseitigung wird im Rahmen von Objektplanungen konkretisiert.

E. VERFAHRENSVERMERKE

- 1. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 22.12.2015 die Aufstellung der 9. Änderung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 06.06.2016 ortsüblich bekannt gemacht.
- 2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf der 9. Änderung des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.03.2016 hat in der Zeit vom 14.06.2016 bis 13.07.2016 stattgefunden.
- 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf der 9. Änderung des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.03.2016 hat in der Zeit vom 14.06.2016 bis 13.07.2016 stattgefunden.
- 4. Zu dem Entwurf der 9. Änderung des Bebauungsplans in der Fassung vom 11.08.2016 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 28.10.2016 bis 28.11.2016 beteiligt.
- 5. Der Entwurf der 9. Änderung des Bebauungsplans in der Fassung vom 11.08.2016 wurde der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 28.10.2016 bis 28.11.2016 öffentlich ausgestellt.
- 6. Die Gemeinde Sochtenau hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 08.12.2016 die 9. Änderung des Bebauungsplans gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 08.12.2016 als Satzung beschlossen.
- Sochtenau, 2.0. Dez. 2016 (Siegel) Sebastian Forstner Erster Bürgermeister
- 7. Ausfertigt Sochtenau, 2.0. Dez. 2016 (Siegel) Sebastian Forstner Erster Bürgermeister
- 8. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wurde am 2.0. Dez. 2016 gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die 9. Änderung des Bebauungsplans ist damit in Kraft getreten. Sochtenau, 2.0. Dez. 2016 (Siegel) Sebastian Forstner Erster Bürgermeister

GEMEINDE SÖCHTENAU

LANDKREIS ROSENHEIM

BEBAUUNGSPLAN MIT INTEGRIERTEM GRÜNORDNUNGSPLAN NR. 9

"GEWERBEGBEIT SCHWABERING"

9. ÄNDERUNG UND ERWEITERUNG

Die Gemeinde Sochtenau erlässt aufgrund des § 10 in Verbindung mit den §§ 1, 2, 2a, 3, 4, 8 und 9 des Baugesetzbuches (BauGB), der Art. 81, 79, 3, 6 und 7 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) diese Bebauungsplanänderung und -erweiterung als

SATZUNG

M : 1 : 1.000

Fertigstellungsdaten:

Vorentwurf: 15.03.2016
Entwurf: 11.08.2016
redaktionell ergänzt: 08.12.2016

Entwurfsverfasser:

Huber Planungs-GmbH
Huberstraße 7, 83022 Rosenheim
Tel. 08031/381091, Fax 37695
huber-planungs-gmbh@t-online.de

Original

